

10 Eckpunkte liberaler kommunaler Haushaltspolitik

1. Ziel liberaler kommunaler Haushaltspolitik ist, dass die Gemeinden bei für die Bürger erträglicher Steuerlast ihre Finanzen nachhaltig solide gestalten und auf dieser Basis ihren Bürgern attraktive kommunale Leistungen erbringen, also Pflichtleistungen, aber auch freiwillige Leistungen.
2. Die FDP setzt sich auf allen Ebenen der Politik dafür ein, dass die Gemeinden für an sie übertragene oder originäre Aufgaben ausreichende Mittel zur Verfügung haben sowie dass sie von Kreis, Land und Bund bei Umlagen und Zuweisungen von Finanzen fair behandelt werden.
3. Die Kommunen sollen in der Lage sein, möglichst viel ihrer Aufgaben und Projekte eigenständig zu finanzieren und möglichst wenig angewiesen sein auf Sonderzuweisungen anderer Verwaltungsebenen oder Sondertöpfe.
4. Als Methode der Steuerung der kommunalen Finanzen ist die doppelte Buchhaltung (Doppik) anzuwenden, da nur sie ein realistisches Bild über die Finanzlage bietet. Finanzielle Risiken sind zu betrachten. Eigenbetriebe und Beteiligungen sind in die Steuerung der kommunalen Finanzen einzuschließen.
5. Die Finanzen der Gemeinde sind langfristig zu steuern. Für die Schwankungen der Einnahmen, gerade der Ertragsteuern, ist angemessene Vorsorge zu treffen. Idealerweise kommen die Gemeinden ohne strukturelle Verschuldung aus. Schulden für Investitionen können notwendig werden, nicht aber für konsumtive oder Erhaltungs-Zwecke. Sie sind mit Vorsicht einzugehen und die künftige Zinslast ist zu berücksichtigen.
6. Von der Verwaltung werden regelmäßige Produktivitätsfortschritte durch Prozessverbesserungen und technische Innovationen in allen Bereichen erwartet, z. Bsp. auch durch Kooperation mit Nachbargemeinden. Personal ist ggf. sehr vorsichtig aufzubauen.
7. Bei Entscheidungen sind alle finanziellen Folgewirkungen zu betrachten, also z. Bsp. bei Investitionen Betriebs-, Wartungs- und Instandsetzungskosten.
8. Für die FDP geht in der kommunalen Finanznot Ausgabenkritik vor Einnahmenerhöhung: Mit erster Priorität sind die kommunalen Kosten sowie die freiwilligen Leistungen kritisch zu überprüfen und zu reduzieren. Müssen auf der Einnahmeseite dennoch die Zahlungen der Bürger erhöht werden, gilt für die FDP: Gebühren und Entgelte sind vor Steuern zu erhöhen. Denn Gebühren und Entgelte werden für eine konkrete Leistung erhoben und die Bürger können sie verbrauchsabhängig beeinflussen (z.B. Wasser). Gebühren und Entgelte sind nicht für Umverteilung zu verwenden.
9. Um Einsparungen in den kommunalen Haushalten zu erreichen, ist für die FDP die „globale Minderausgabe“ ein geeignetes Mittel. Parallel zur „Kürzung mit dem Rasenmäher“ ist die Priorisierung von Investitionen ein geeignetes Mittel. In Zeiten knapper Kassen müssen sich die Ratsversammlungen auf vordringliche und nachgeordnete Aufgaben verständigen.

10. Nach Überzeugung der FDP müssen die freiwilligen Leistungen primär über die Kostenbeteiligung der Nutzer finanziert werden. Steuermittel dürfen nur in angemessenem Umfang dafür eingesetzt werden. Quersubventionierungen in größerem Umfang sind abzulehnen, da sie Kostentransparenz erschweren.